



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Europäische Probleme gemeinsam lösen – Bund und Europa sind gefordert!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass unser europäisches Friedenswerk seit weit über einem halben Jahrhundert unser Garant für Freiheit, Sicherheit, Mobilität sowie wirtschaftlichen Wohlstand ist und damit jedem bayerischen Bürger einen Raum zur persönlichen Selbstverwirklichung bietet. Auch in krisenhaften Situationen, wie wir sie gegenwärtig in Europa erleben, gilt es weiterhin eine zielgerichtete Zusammenarbeit zwischen nationaler und europäischer Ebene anzustreben. Das Subsidiaritätsprinzip ist zu stärken. Dieses macht es vielmehr erforderlich, die europäische Ebene zu stärken und sie nicht aus der Verantwortung zu entlassen. Dazu gehört insbesondere der effektive Schutz der EU-Außengrenzen, um nicht nur den Bestand unseres Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu sichern, sondern gerade auch unsere bayerischen Interessen im Hinblick auf die derzeitigen Probleme an unseren Binnengrenzen zügig zu lösen. Für die Öffentlichkeit bislang unbekannte Masterpläne in Migrationsfragen, die offenbar auf einseitige nationale Lösungen abzielen sollen, sind genauso wenig ausreichend und zielführend wie die einseitige Entscheidung der Bundesregierung aus dem Herbst 2015, die Grenzen zu öffnen. Dies hat Europa nachhaltig gespalten.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass für europäische Probleme gemeinschaftlich europäische Lösungen gesucht werden. Dazu gehört in der Migrationspolitik insbesondere ein effektiver Außengrenzschutz und eine gemeinsame ambitionierte europäische Strategie zur Fluchtursachenbekämpfung im Sinne einer Verbesserung der Lebensperspektiven in den Herkunftsländern.